

Das Sozialprodukt und Wirtschaftswachstum

Das Bruttosozialprodukt(BSP) ist eine repräsentative Größe für den Wert aller innerhalb eines Jahres produzierten Güter. Darüberhinaus wird es häufig als Wohlstandsindikator verwendet.

Die Wachstumsrate

Die Konjunkturlage bewertet man häufig anhand der Wachstumsrate des BSP. Die Veränderungsrate des BSP berechnet sich, indem man die Veränderung durch das Sozialprodukt des Vergleichsjahres dividiert.

Dann gilt:

$$\text{Wachstumsrate} = (\text{Veränderung} * 100) / \text{Sozialprodukt}$$

Beispiel:

Das Sozialprodukt steigt von 800 Mrd DM auf 832 Mrd DM an. Dann beträgt die Wachstumsrate.

$$w = 32 * 100 / 800 = 4\%$$

Der Maßstab des Wachstums

Man unterscheidet allgemein das nominale und reale Wachstum des Bruttosozialproduktes. Das nominale Bruttosozialprodukt wird auf der Grundlage des unbereinigten Bruttosozialproduktes berechnet. Die Veränderungen in der Bevölkerungszahl und im Preisniveau bleiben also unberücksichtigt. Das reale Wachstum des BSP wird hingegen zu Preisen des festgelegten Basisjahres berechnet. Durch dieses Verfahren wird die Geldentwertung berücksichtigt.

Beispiel:

Das BSP steigt von 800 Mrd DM auf 880 Mrd DM. Die Preissteigerungsrate beträgt 6%. Berechne die nominale und reale Steigerung des BSP.

Nominale Steigerung:

$$W = 80 * 100 / 800 = 10\%$$

Reale Steigerung:

$$W = \text{Nominale Steigerung} - \text{Preissteigerungsrate}$$

$$W = 10\% - 6\% = 4\%$$

Die Wachstumsfaktoren

Die Betrachtung der Wachstumsfaktoren erfolgt unter der allgemeinen Annahme, daß eine vollbeschäftigte Volkswirtschaft ständig wachsen muß, damit der Grad der Beschäftigung erhalten bleibt. Diese Vermutung beruht auf der allgemeinen Erfahrung, daß in einer stagnierenden Volkswirtschaft aufgrund von Rationalisierungsinvestitionen die Anzahl der benötigten Arbeitskräfte ständig geringer wird. Alle Wachstumsfaktoren haben Produktivitätssteigerungen als Grundlage gemeinsam. Die verschiedenen Wachstumsfaktoren lassen sich nach Produktionsfaktoren gliedern.

Der Produktionsfaktor Arbeit

Durch den Produktionsfaktor Arbeit ist sowohl eine quantitative als auch qualitative Ausweitung der Produktion möglich.

- Eine quantitative Ausweitung läßt sich durch steigende Bevölkerungszahlen, Teilnahme anderer Bevölkerungsschichten an der Produktion.

- Eine qualitativer Anstieg der Produktion läßt sich durch eine bessere Bildung und mehr Leistungswillen der Arbeitnehmer erreichen.

Der Produktionsfaktor Boden

Mit Hilfe des Produktionsfaktors Boden läßt sich lediglich eine quantitative Ausweitung der Produktion erreichen. Dies kann z.B. durch Neulandgewinnung oder Bodenverbesserung erfolgen.

Der Produktionsfaktor Kapital

Der Produktionsfaktor Kapital bietet vielfältige Möglichkeiten eine Ausweitung der Produktion sowohl in qualitativer als auch quantitativer Hinsicht zu erreichen.

- Eine quantitative Ausweitung ist durch Erweiterungsinvestitionen möglich (z.B. Anschaffung neuer Maschinen)
- Eine qualitative Verbesserung läßt sich durch Investitionen erreichen
- Rationalisierungsinvestitionen wirken primär quantitativ, rufen jedoch häufig auch qualitative Verbesserungen hervor.

Die Wachstumskonzepte

Man unterscheidet grundsätzliches qualitative und das quantitative Wachstumskonzept. Das quantitative Wachstumskonzept bedeutet im Grundsatz die ständige Steigerung der Produktion. Damit steigen auch die negativen Folgeschäden der Produktion gleichzeitig an. Die Kosten zur Beseitigung von Umweltschäden erhöhen in diesem Zusammenhang das BSP also zusätzlich, ohne daß eine reale Wohlstandsverbesserung erreicht wird. Bei den qualitativen Wachstumskonzepten versucht man hingegen, negative Folgen der Produktion so weit wie möglich zu vermeiden. Zu den qualitativen Konzepten zählt beispielsweise der Vorschlag, Sachgüter durch Dienstleistungen zu ersetzen und so, Rohstoffe zu sparen.

Die Träger des Wachstums

Das mögliche Wirtschaftswachstum hängt im wesentlichen von zwei Faktoren ab. Dies ist das Produktionspotential (gesamtwirtschaftliches Leistungsangebot) und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Ein Wirtschaftswachstum ergibt sich demnach, wenn die Nachfrage nach Konsumgütern oder Investitionsgütern ansteigt. Auf der anderen Seite können auch qualitative oder quantitative Verbesserungen in Bezug auf das Produktionspotential zu einem Wirtschaftswachstum führen. Die Anhebung der Faktorqualitäten, deren Verfügbarkeit und Kosten sind Beispiele in diesem Zusammenhang. Auch durch Vorgänge, die nicht von den Unternehmen selbst ausgehen, kann das Produktionspotential gesteigert werden. So kann beispielsweise der Staat die Rahmenbedingungen (Steuern, Gesetze) ändern und damit die Effizienz der Produktion durch Kostensenkungen steigern.

Konjunktur

Die Konjunktur wird im normalen Sprachgebrauch häufig für eine Charakterisierung der allgemeinen Geschäftslage der Wirtschaft verwendet. Tatsächlich bezeichnet Konjunktur jedoch einen sich periodisch wiederholenden Vorgang in der Wirtschaftsentwicklung. Die Konjunktur verläuft nämlich in Zyklen, d.h. Phasen mit hohen, geringen oder negativen Wachstumsraten folgen aufeinander und wiederholen sich in bestimmten Zeitabständen. Man spricht auch von einem wellenförmig sich wiederholenden Konjunkturzyklus. Der langfristige Wachstumstrend ist dabei abnehmend, d.h. das durchschnittliche Wachstum des BSP wird von Phase zu Phase geringer. Die Konjunkturzyklen werden allgemein von verschiedenen Faktoren beeinflusst.

Die Faktoren für die Schwankungen

Bei der langfristigen Betrachtung des Konjunkturverlaufs seit Beginn der Industrialisierung hat man festgestellt, daß es ungefähr alle 50 Jahre einen ungewöhnlich starken Aufschwung gibt, der mit bahnbrechenden Erfindungen zusammen fällt. Diese Gesetzmäßigkeit konnte für die Jahre 1800, 1850, 1900 und 1950 festgestellt werden. Diese langfristigen Wellen (Kondratjew-Wellen) werden allerdings von kurzfristigeren Wellen überlagert.

- Unter den kurzfristigeren Wellen ist der Wachstumstrend als der langfristige zu sehen. Der Wachstumstrend berechnet sich aus dem Durchschnitt des Wachstums des BSPs in vergangenen Perioden und wird als Indikator für zukünftige Perioden verwandt.
- Die konjunkturellen Schwankungen sind als mittelfristig für den Konjunkturverlauf anzusehen. Die konjunkturellen Schwankungen ergeben sich aus dem gesetzmäßigen periodischem Wellenverlauf der Konjunktur.
- Die saisonalen Konjunkturschwankungen sind als kurzfristig anzusehen. Diese Schwankungen ergeben sich aus den Auswirkungen der jeweiligen Jahreszeit. So werden beispielsweise im Baugewerbe die Umsätze im Winter stark zurückgehen

Die Konjunkturzyklen im Einzelnen

Man unterscheidet vier Phasen des Konjunkturzyklus

- Die Krise/ das Tief (Depression)
- Den Aufschwung (Prosperität)
- Die Hochkonjunktur (Boom)
- Den Abschwung (Rezession)

Alle vier Konjunkturzyklen lassen sich durch bestimmte Veränderungen bei Kriterien wie Beschäftigung und Kapazitätsauslastung charakterisieren. Diese werden in der folgenden Tabelle dargestellt und verglichen.

Gesamtwirtschaftliche Größe	Krise	Aufschwung	Hoch	Abschwung
Kapazitätsauslastung	niedrig	steigt	hoch	sinkt
Produktion	niedrig	steigt	steigt	sinkt
Gewinne	sinken	steigen stark	hoch	sinken
Investitionen	sinken	steigen stark	steigen	Sinken stark
Nachfrage	sinkt	steigt stark	hoch	sinkt
Preise	niedrig	steigen	steigen stark	Sinken
Beschäftigung	sinkt	steigt	steigt stark	sinkt stark
Löhne	niedrig	steigen	steigen stark	Sinken stark
Zinsen	niedrig	steigen	steigen stark	Sinken
Sparen	hoch	sinkt stark	sinkt	steigt

Von den aufgeführten Kriterien sind die Kapazitätsauslastung und die Beschäftigung die wichtigsten zur Unterscheidung der vier Kriterien. Die Beschäftigung trifft nämlich auch gleichzeitig eine Aussage über die Produktion und die Löhne. Die Kapazitätsauslastung ist hingegen ein besonders deutlicher Indikator für die Konjunkturlage. In den beweglichen Phasen des Konjunkturzyklus (Prosperität und Rezession) steigt oder fällt die Kapazitätsauslastung entsprechend. In den Zustandsphasen des Konjunkturzyklus verbleibt die Kapazitätsauslastung hingegen auf einem konstanten Stand (hoch oder tief). Die Prosperität bezeichnet man häufig auch als Mengenkonzunktur, weil hier das Wachstum ausschließlich über die Steigerungen der Produktion erreicht wird. Die Hochkonjunktur wird auch Preiskonjunktur, da ein Wachstum in dieser Phase nur noch durch Preissteigerungen erzielt werden kann.

Der Vergleich der Theorie der Phasen der Konjunkturzyklen mit der Realität

Betrachtet man den Konjunkturverlauf der BRD seit 1960 so lassen sich insgesamt folgenden Aussagen in Bezug auf die Konjunkturtheorie treffen.

- Die Kapazitätsauslastung ist ein relativ gutes Kriterium für die Konjunktur. Sie verläuft fast immer parallel zu den jeweiligen Steigerungen des Bruttoinlandsproduktes.
- Der Trend, Arbeitskräfte in Krisen zu entlassen hat abgenommen.
- Der Trend, neue Arbeitskräfte in Phasen der Hochkonjunktur einzustellen, hat zugenommen.
- Zwischen Investitionen und Beschäftigungszahl besteht nicht immer ein direkter Zusammenhang. 1985 wurden beispielsweise in einer Phase des Aufschwungs, Arbeitskräfte eingestellt, aber keine neuen Investitionen getätigt.
- Zwischen Investitionen und Nachfrage (privater Verbrauch) läßt sich entgegen der Theorie kein direkter Zusammenhang erkennen.

Die Bewertung von Konjunkturtheorien, Prognosen und Statistiken.

Um Konjunkturprognosen zu erstellen, betrachtet man normalerweise die realen Schwankungen des Sozialproduktes. Die Schwankungen weisen eine gewisse Regelmäßigkeit in Form von Wachstumszyklen auf. Ein solcher Zyklus dauert ungefähr 8 bis 9 Jahre und läßt sich in vier Phasen unterteilen. Am Anfang steht stets ein kräftiger Aufschwung, der vom Tiefpunkt ausgeht. Es folgen dann eine Phase langsam abnehmender Wachstumsraten und dann ein erneuter Anstieg bis zum Gipfelpunkt. Nach diesem setzt die vierte Phase des Abschwungs bis zum neuen Tiefpunkt ein. Aufgrund dieses Verlaufs läßt sich von einer vierphasigen M-Form der Wachstumszyklen sprechen.

Zeichnet beispielsweise die laufende Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes von Vierteljahr zu Vierteljahr in den Jahren 1982 bis 1993 auf, so erkennt man die M-Form dieses 5. Wachstumszyklus durch die Verbindung der Hoch- und Tiefpunkte der Verlaufspunkte. Über diesen Zeitraum lassen sich folgende Feststellungen treffen.

- Die 1. Phase begann ungefähr Ende 1981 und dauerte bis Mitte 1984 an.
- Ende 1984 (Beginn von Phase 2) gingen die Wachstumsraten zurück und erreichten schließlich 1987 ihren Tiefpunkt (Übergang von Phase 2 zu Phase 3)
- Ab Ende 1987 (Beginn von Phase 3) nahmen die Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes wieder zu und erreichten Anfang 1990 (Ende Phase 3) ihr absolutes Maximum im 5. Wachstumszyklus. Ab Mitte 1990 (Beginn Phase 4) nahmen die Wachstumsraten sehr stark ab. Anfang 1992 werden die Wachstumsraten negativ, d.h. das reale Bruttoinlandsprodukt geht absolut zurück.

Die hohen negativen Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes Mitte und Ende 1992 führten zu der Annahme, daß man sich in der tiefsten Rezession seit der Nachkriegsentwicklung befinde. Betrachtet man jedoch die Abschwungphasen der vergangenen fünf Abschwungphasen, so läßt sich diese Behauptung kaum aufrecht erhalten. Mit Ausnahme des 1. Wachstumszyklus wurden bei allen anderen Abschwungphasen die Wachstumsraten ähnlich stark negativ. Allerdings ist im 5. Konjunkturzyklus die Steilheit des Abschwungs wesentlich größer, d.h. er verläuft über einen relativ kurzen Zeitraum. Dies führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu der Überbewertung des Abschwungs von 1992. Im 3. Quartal 1993 begann dann der 3. Konjunkturzyklus mit seiner 1. Phase. Am Anfang des Jahres 1995 läßt sich der Übergang von Phase 1 in Phase 2 ansetzen. Die Konjunktur verläuft seit diesem Zeitpunkt jedoch zuwider jeder Theorie. Anstelle eines normalen und der Theorie entsprechenden langsamen Rückgangs des Bruttoinlandsproduktes in Phase 2 brach die Industrieproduktion dramatisch ein. Gleichzeitig hat sich jedoch die Kapazitätsauslastung seit dem 1. Quartal 1995 weiter erhöht. Dies ist ein eindeutiger Widerspruch. Um diesen aufzuklären, bedarf es einer genaueren Betrachtung der anderen wirtschaftlichen Daten. Ein starker Rückgang der Auftragseingänge aus dem Ausland aufgrund des schwachen Dollars hat primär zu einer Abkühlung des

Geschäftsklimas sowie des Verlaufes der Industrieproduktion geführt. Auch aus dem Inland ist keine Belebung der Industrieproduktion zu erwarten, weil die Inlandsnachfrage seit Jahren gleichgeblieben ist. Dies wird auch an den langfristigen nahezu konstanten Einzelhandelsumsätzen deutlich. Daher war der Aufschwung seit Mitte 1993 hauptsächlich durch die steigende Nachfrage aus dem Ausland begründet. Diese geht nun ebenfalls zurück. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt sieht ebenfalls nicht besonders gut aus. War die Arbeitslosigkeit trotz guter Konjunktur in den Jahren 1993 und 1994 durch Rationalisierungen zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland nur minimal gesunken, so wird sie nun wieder steigen. Dies zeigen auch die neuesten Zahlen. In den Sommermonaten ist die Zahl der Arbeitslosen nur um ca. 10000 zurückgegangen, d.h. sie ist saisonbereinigt gestiegen. Im Gegensatz zu der Entwicklung dieser Konjunkturmerkmale steht jedoch weiterhin die steigende Kapazitätsauslastung. Eine Erklärung für diesen Widerspruch liefert bestenfalls die Umstellung der deutschen Industriestatistik. Anfang 1995 wurde die bisherige Branchengliederung und Gewichtung durch eine Neue ersetzt. Genau seit diesem Zeitpunkt tritt auch der nicht zu erklärende Widerspruch zwischen der Entwicklung der Industrieproduktion und der Kapazitätsauslastung auf. Die Statistiker versuchen nun die neuen Richtlinien auch auf die Jahre 1991 und 1994 anzuwenden und so wieder einen brauchbaren Vergleich zu ermöglichen. Dies ist allerdings nur bei einem Bruchteil der Daten möglich. Genaue Wirtschaftsdaten sind jedoch unbedingt notwendig, weil die private Haushalte ihren Konsum und die Unternehmen ihre Investitionen vielfach nach den Konjunkturprognosen richten. Im Extremfall könnten die falschen Statistiken daher zu einem weitgehenden Konsumverzicht der Haushalte und damit zu einer lang anhaltenden Wirtschaftskrise führen.

Verschiedene Konjunkturtheorien

Die klassische Konjunkturtheorie

Die klassische Konjunkturtheorie wurde im wesentlichen durch Say begründet. Seiner Auffassung nach sind Wirtschaftskrisen nicht möglich, weil jeder Anbieter gleichzeitig auch wieder als Nachfrager auftritt. Nimmt man nun an, daß als Zahlungsmittel für Güter wiederum Güter fungieren, so wird einer doppelten Nachfrage stets ein doppeltes Angebot gegenüberstehen. Die Verwendung von Geld als Wertaufbewahrungsmittel wird von dieser Modellvorstellung selbstverständlich nicht zugelassen. Das stets vorhandene Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage überträgt Say auch auf den Arbeitsmarkt. Es kann kein Überangebot von Arbeitskräften geben, weil bei einer großen Zahl von zur Verfügung stehenden Arbeitskräften die Löhne sinken. Die Unternehmer können dann mehr Arbeit einstellen. Daraus folgt schließlich, daß eine sich selbst überlassene Volkswirtschaft immer automatisch zu Vollbeschäftigung tendiert. Staatliche Eingriffe sind daher nach der Meinung von Say nicht notwendig. Sie würden nur die individuelle Freiheit des Einzelnen beschränken und damit der Wirtschaft schaden. Say trifft bei diesem Modell eine Reihe von Bedingungen, die für seine Zeit noch recht erfüllbar sind. So muß ein konstantes Preisniveau vorausgesetzt (inflationäre Tendenzen werden also ausgeschlossen) und der technische Fortschritt ausgeschlossen werden. Werden alle Anforderungen erfüllt, so kann es normalerweise nicht zu Krisen kommen. Say räumt lediglich ein, daß exogene Faktoren wie Kriege kurzzeitige Konjunkturschwankungen verursachen könnten.

Die neoklassische Konjunkturtheorie

Die klassische Konjunkturtheorie wurde um einige Bedingungen erweitert. Auf der neoklassischen Theorie basieren auch heute noch eine Reihe von wirtschaftlichen Erklärungsmodellen wie die Nachfrage (z.B. in Bezug auf Grenznutzen)- und Preistheorie. Im Gegensatz zur Klassik berücksichtigt die Neoklassik z.B. die wirtschaftliche Entwicklung. Darüberhinaus dominiert in der Neoklassik die subjektive Wertlehre, d.h. der Wert und Preis eines Gutes richtet sich nicht wie in der objektiven Wertlehre nach der zur Herstellung notwendigen Arbeitsmenge sondern nach der individuellen Wertschätzung eines Wirtschaftssubjektes für das jeweilige Produkt. Zwangsläufig steht bei allen Betrachtungen nach dem neoklassischen Modell daher auch die Nachfrageseite im Vordergrund. Ebenso wie in der Klassik legt man bei völlig variablen Löhnen und Preisen eine Tendenz zum Gleichgewicht zu Grunde. Hintergrund dieses Gleichgewichtsdenkens sind die Gewinn- und Nutzenmaximierung der Marktteilnehmer. Hieraus wird deutlich, daß auch das neoklassische Modell von einer Reihe von Annahmen ausgeht. Dazu gehören:

- Eine Vielzahl von Anbietern steht einer Vielzahl von Nachfragern gegenüber (atomistische Konkurrenz). Außerdem besteht freier Marktzutritt.
- Alle Anbieter von Arbeitskraft sind homogen.
- Es besteht Markttransparenz, d.h. alle Marktteilnehmer können sofort auf Lohnveränderungen usw. reagieren.

- Die Arbeitskräfte sind mobil, d.h. sie wechseln immer dorthin, wo sie die besten Arbeitsbedingungen vorfinden.

In der Neoklassik wird nun neben dem Gütermarkt auch der Arbeits- und Geldmarkt betrachtet. Auf dem Arbeitsmarkt nimmt mit steigendem Reallohnsatz das Angebot an Arbeitskräften zu; bei sinkenden Reallohnen fragen die Unternehmer mehr Arbeit nach. Aufgrund von bestehender Nachfrage und Angebot wird sich ein bestimmter Gleichgewichtslohn ergeben. Es herrscht dann Vollbeschäftigungsgleichgewicht, d.h. alle die zum Gleichgewichtslohn arbeiten wollen, erhalten einen Arbeitsplatz. Es gibt also lediglich eine frei willige Arbeitslosigkeit. Auch bei steigendem Angebot (z.B. durch Bevölkerungswachstum) bildet sich wiederum ein Gleichgewichtslohn heraus (dieser ist nun niedriger), zu dem alle Arbeitswilligen beschäftigt werden können. Der Marktmechanismus sichert also die Vollbeschäftigung. Hierin stimmt die Neoklassik also vollkommen mit der Klassik überein. Allerdings räumen die Theoretiker der Neoklassik ein, daß es eine kurzfristiges Ungleichgewicht geben kann. In einem solchen Fall setzt ein Anpassungsprozeß ein. Die Möglichkeit einer kurzfristigen Arbeitslosigkeit wird demnach eingeräumt. Langfristig sichert jedoch der Marktmechanismus die Stabilität. Kurzfristige Arbeitslosigkeit kann in der Neoklassik in verschiedenen Varianten auftreten.

- Bei zu hohen Löhnen übersteigt das Angebot die Nachfrage, d.h. es gibt eine Hochlohnarbeitslosigkeit. Dann muß der Lohn soweit gesenkt werden, daß Angebot und Nachfrage wieder übereinstimmen.
- Durch Veränderungen in der Nachfragestruktur (Nachfrage nach einem Produkt geht zurück, während sie nach einem anderen zunimmt) kann es zu kurzfristiger struktureller Arbeitslosigkeit auf Teilarbeitsmärkten kommen. Damit werden sich jedoch gleichzeitig Pre is- und Lohnsenkungen für das weniger nachgefragte Gut und Erhöhungen für das mehr nachgefragte Produkt ergeben. Schließlich folgt daraus wieder die Tendenz zum Gleichgewicht.
- Friktionelle Arbeitslosigkeit kann auftreten, wenn jemand eine Stelle kündigt, aber nicht sofort wieder eine neue besetzt.

Die Konjunkturtheorie von Keynes

Keynes ist der Auffassung, daß die neoklassische Konjunkturtheorie von Voraussetzungen ausgeht, die sich in der Realität nicht antreffen lassen. Bestätigt werden seine Überlegungen durch die Weltwirtschaftskrise nach dem 1. Weltkrieg. In dieser tritt erstmals eine langfristige Arbeitslosigkeit auf, die es nach der klassischen Theorie eigentlich nicht geben kann. Keynes entwickelt daraufhin ein neues Konjunkturmodell, das die Schwächen des Kapitalismus (die langfristige Arbeitslosigkeit) beseitigen soll. Der wesentliche Aspekt des Keynesianismus ist der Eingriff des Staates zur Nachfrage und Investitionssteigerung. Kritiker behaupten, Keynes verfolge damit langfristig eine Verstaatlichung der Produktionsmittel. Diese Unterstellung entspricht jedoch keinesfalls den tatsächlichen Überlegungen. Keynes hielt den Kapitalismus für das einzig richtige Wirtschaftssystem, weil es die individuelle Freiheit der Wirtschaftssubjekte und Objekte garantiert. Insoweit stimmt Keynes mit Adam Smith überein. Keynes ist jedoch der Meinung, daß die Wirtschaft in Krisen nicht völlig sich selbst überlassen werden könne. Langfristige Arbeitslosigkeit und schließlich der Niedergang des Kapitalismus könnten die Folge sein. Zur Sicherung der Existenz des Kapitalismus fordert Keynes daher die Aufgabe der »Nachtwächterrolle« des Staates. Im einzelnen sieht sein Modell folgende Punkte vor:

- Grundposition: Die klassische Wirtschaftstheorie basiert auf einer Reihe von Voraussetzungen, die jedoch in der Realität nur selten erfüllt sind. Daher treten in der Wirklichkeit Probleme wie langfristige Massenarbeitslosigkeit auf, die von der Theorie eigentlich ausgeschlossen werden.

Zu den von Keynes kritisierten Prämissen gehören:

- Die in der Neoklassik streng vorgenommene Trennung des monetären Sektors, also von Geld und Produktion widerspricht der Realität. Geld wird nämlich auch als Wertaufbewahrung (Vorsichts)- oder Spekulationsmittel und nicht nur als Tauschmittel verwendet. Der von Say aufgestellte Grundsatz, daß Nachfrage und Angebot immer gleich sind, weil jeder Anbieter auch in gleicher Weise nachfragt, trifft damit nicht mehr zu. So ist es wahrscheinlich, daß die Haushalte aus Vorsicht einen Teil ihres Einkommens auch dann nicht ausgeben, wenn die Zinsen extrem niedrig sind. Dann ist das Angebot plötzlich größer als die Nachfrage, d.h. es kommt zu Produktionseinschränkungen, Rückgängen der Investitionsgüternachfrage und Arbeitslosigkeit. Es wird also auch ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung hergestellt. An diesem Beispiel wird der direkte Zusammenhang zwischen dem Geldmarkt und dem Umfang der Produktion deutlich.

- Durch »stillgelegtes« Geld ist also Arbeitslosigkeit zu Stande gekommen. Die Neoklassik geht nun davon aus, daß diese nur kurzfristig sein kann, weil durch das Überangebot von Arbeitskräften die Löhne sinken und damit

die Unternehmer wieder mehr Personen einstellen. In der Realität sind jedoch die Löhne durch Ge­werkschaftsverträge u.ä. nach unten weitgehend starr. Bei einem Nachfragerück­gang gibt es dadurch eine unfreiwillige Arbeitslosigkeit, d.h. nicht alle Personen, die bereit sind zum Marktlohn zu arbeiten, finden eine Stelle. Aber auch, wenn man flexible Preise und Löhne annimmt, würde es nach Keynes niemals zu einer Wiederherstellung der Vollbeschäftigung kommen. Bei sinkenden Löhnen würde nämlich die Konsumnachfrage der Haushalte zurückgehen. Das Erwarten von weiteren Lohnsenkungen könnte diesen Effekt noch verstärken. Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß es keine automatische Rückkehr zur Vollbeschäftigung gibt, wie dies in der Neoklassik angenommen wird.

- Die unfreiwillige Arbeitslosigkeit wird also weiter bestehen, weil es ein gesamt­wirtschaftliches Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung gibt. Ohne die Einwirkung von exogenen Faktoren würde sich also eine langfristige Massenarbeitslosigkeit ergeben. Die unfreiwillige Arbeitslosigkeit kann nur beseitigt werden, wenn sich die Nachfragekurve wieder nach rechts verschiebt. Dies wird jedoch nicht von selber geschehen. Nach Keynes ist es nun die Aufgabe des Staates, als Nachfrager aufzutreten und damit in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen.

Die makroökonomische Analyse der Volkswirtschaft

Voraussetzungen

Die Höhe der Produktion und des Volkseinkommens hängt von einer Reihe von Faktoren ab wie z.B.

- den vorhandenen Bodenschätzen
- der Größe und der Bildung der Bevölkerung
- dem technologischen Stand
- dem Kapitalstock (Sackkapital, bereits produzierte Produktionsmittel)
- dem Wirtschaftssystem
- der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern

Betrachtet man nun die kurzfristige gesamtwirtschaftliche Entwicklung, so lassen sich all diese Faktoren bis auf die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern als konstant annehmen, weil sie sich nur langfristig bedeutend ändern könnten. Im Kapitalstock können zwar kurzfristige Veränderungen auftreten, diese wirken sich jedoch erst langfristig aus. Bei der kurzfristigen gesamtwirtschaftlichen Betrachtung wendet man also die ceteris-paribus-Klausel an. Aus dieser Betrachtung folgt, daß ausschließlich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage die Höhe der Produktion, der Beschäftigung und den Umfang des Volkseinkommens bestimmt. Zwischen diesen einzelnen Größen bestehen wieder Beziehungen und Verknüpfungen, so daß sich ein kumulativer Prozeß ergibt, d.h. die Größen beeinflussen sich gegenseitig und die Auswirkungen auf die Volkswirtschaft verstärken sich. Wenn beispielsweise die Nachfrage nach Investitionsgütern aufgrund sinkender Unternehmensgewinne zurückgeht, so geht die Höhe der Investitionsgüterproduktion zurück. Damit werden im Investitionsgütersektor auch weniger Arbeitskräfte benötigt. Die vorgenommenen Entlassungen führen wiederum zu einem sinkendem Volkseinkommen, so daß die Arbeitnehmerhaushalte weniger nachfragen können. Die sinkende gesamtwirtschaftliche Nachfrage hat dann wiederum eine sinkende Konsumgüterproduktion und weitere Entlassungen zur Folge. Dieser Prozeß verstärkt sich also immer weiter (kummulative Eigenschaft) und kommt erst dann zum Stillstand, wenn sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und das gesamtwirtschaftliche Angebot wieder ausgleichen. Dieser Ausgleich wird auf einem niedrigeren als dem Ausgangsniveau, d.h. bei Unterbeschäftigung, stattfinden. Das sich auf diese Weise ergebende Volkseinkommen wird dann als Gleichgewichtseinkommen bezeichnet. In der makroökonomischen Betrachtungsweise werden außerdem Wirtschaftssubjekte, die gleiche oder ähnliche wirtschaftliche Verhaltensweisen zu bestimmten Gruppen, den Agregaten, zusammengefaßt. So gibt es in der Makrökonomie beispielsweise die Aggregate Haushalte, Unternehmen, Staat und Ausland. Bei dieser Betrachtungsweise bleiben jedoch Veränderungen innerhalb des einzelnen Agregats (z.B. Einkommensumverteilung bei den Haushalten) unberücksichtigt. Diese werden erst bei der mikroökonomischen Betrachtungsweise deutlich. Darüberhinaus versucht man bei der makroökonomischen Analyse Veränderungen durch Verhaltens- und Definitionsgleichungen zu kennzeichnen. Die Gleichung für das BSP

BSP=Konsum der Haushalte+Konsum des Staates + Bruttoinvestitionen + Expote- Importe

Ist z.B. eine Definitionsgleichung. Bei einer Definitionsgleichung wird die Berechnung einer wirtschaftlichen Größe immer explizit festgelegt. Die Verhaltensgleichungen drücken hingegen eine Hypothese über das voraussichtliche Verhalten der Wirtschaftssubjekte und dessen Einfluß auf andere gesamtwirtschaftliche Größen aus. Die Verhaltensgleichungen lassen sich als Funktion mit einer abhängigen und einer unabhängigen Variable schreiben. Die Variable, deren Veränderungen mit Hilfe einer Hypothese erklärt wird, ist dabei die unabhängige Variable die andere ist die abhängige Variable.

Die Konsumfunktion

Der Konsum der privaten Haushalte ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Dazu gehören die Höhe des zur Verfügung stehenden Einkommens (Y_v), die Bevölkerungsgröße (B), das angesammelte Vermögen der Haushalte (V_g), die Einkommensverteilung (Y_v , also das Verhältnis von Lohn- und Gewinnquote), das Preisniveau (P) und die erwartete Einkommensentwicklung (Y_e). Die Abhängigkeit des Konsums von diesen Größen läßt sich dann als Verhaltensgleichung folgendermaßen darstellen.

$$C=C(Y_v, B, V_g, Y_v, P, Y_e),$$

Diese Gleichung ist jedoch von mehreren Variablen abhängig. Dies erschwert die Betrachtung wesentlich. Um den Einfluß einer unabhängigen Variable auf die abhängige Variable (hier: Konsum) untersuchen zu können, muß man die ceteris-paribus-Klausel anwenden. Man nimmt setzt daher alle Einflußfaktoren des Konsums bis auf das verfügbare Einkommen konstant. Die konstant gesetzten Größen werden dann als Konsumneigung zusammengefaßt. Unter dieser Voraussetzung erhält man folgende Gleichung:

$$C=C(Y_v) \text{ [allgemeine Konsumfunktion]}$$

Zur Vereinfachung wird außerdem angenommen, daß eine Volkswirtschaft ohne staatliche Aktivitäten und ohne staatliche Eingriffe vorliegt. Dann ist das verfügbare Einkommen gleich dem Volkseinkommen und dem Nettosozialprodukt. Es gilt also:

$$C=C(Y)$$

Diese Gleichung berücksichtigt allerdings die Konsumneigung noch nicht. Man geht in der Makroökonomie davon aus, daß bei einem Volkseinkommen von null der private Konsum nicht ebenfalls null ist, sondern auf einer bestimmten Größe verbleibt. Die Haushalte werden in einer solchen Situation nämlich ihre Vermögenswerte auflösen und auf diese Weise trotz nicht mehr vorhandenen Volkseinkommens weiterhin einen privaten Konsum ermöglichen. Hier kommt also die Konsumneigung zum tragen. Der bei einem Volkseinkommen von null auftretende Konsum wird auch als autonomer Konsum (C_a) bezeichnet. Die Interpretation des autonomen Konsums ist weitgehend umstritten. Man kann ihn beispielsweise als den Mindestkonsum (Existenzminimum) deuten. Auf jeden Fall charakterisiert der autonome Konsum jedoch den Einfluß der Konsumneigung auf das Verhalten der privaten Haushalte. Unter Berücksichtigung der Konsumneigung (des autonomen Konsums) ergibt sich dann als Konsumfunktion:

$$C=C(Y)+C_a$$

$$C=cY+C_a$$

Nimmt man einen autonomen Konsum von 30 und $c=0,7$ an, so erhält man folgenden Graphen:

Wie man aus dem Graphen erkennt, ändern sich das Volkseinkommen und die Konsumausgaben proportional zueinander. Der Graph der Konsumfunktion hat daher eine positive Steigung. Darüber hinaus läßt sich erkennen, daß der Anteil des Konsums am Volkseinkommen mit steigendem Einkommen geringer wird. Dies läßt sich aus der Berechnung des Quotienten C/Y (durchschnittliche Konsumquote) ableiten.

Berechnung:

Y	C	C/Y
0	30	

50	65	1,30
100	100	1
150	135	0,90
200	170	0,85

Im Graphen gibt der Tangens des Winkels (=gleich der Steigung der Halbgeraden) der Halbgeraden durch den jeweiligen Punkt des Graphen der Konsumfunktion die durchschnittliche Konsumquote beim jeweiligen Volkseinkommen an. Es läßt sich also sagen, daß mit zunehmenden Volkseinkommen ein immer geringerer Anteil des Einkommens für den Konsum verwendet wird. Zwangsläufig muß daher das Sparen bei steigendem Einkommen zunehmen. Zeichnet man im Graphen die 1. Winkelhalbierende, so gibt diese den Fall an, daß die Haushalte ihr gesamtes Einkommen für den Konsum verwenden würden. Man erkennt, daß im Intervall von 0 bis 100 der Graph von C über der Halbgeraden verläuft, d.h. der Konsum ist größer als das Volkseinkommen. Dies ist nur möglich, wenn vorhandene Vermögenswerte aufgelöst werden. Bei einem Volkseinkommen größer als 100 verläuft der Graph der Konsumfunktion über der Halbgeraden, d.h. das Volkseinkommen ist größer als das Konsum. Die Haushalte verwenden also einen immer größer werdenden Teil ihres Einkommens zum Sparen. Bei einem Volkseinkommen von 100 reicht das Einkommen gerade aus, um die Konsumvorhaben zu erfüllen (Schnittpunkt des Graphen der Konsumfunktion und der Halbgeraden). Man bezeichnet dieses Einkommen daher als Basiseinkommen (Cb). Bei jedem Einkommen n unter dem Basiseinkommen wird entspart (durchschn.. Konsumquote größer 1), bei jedem Einkommen über dem Basiseinkommen wird gespart (durchschn.. Konsumquote kleiner 1) wird gespart. Neben der durchschnittlichen Konsumquote läßt sich auch die marginale Konsumquote betrachten. Die marginale Konsumquote mißt den Betrag, den die Haushalte bei einer Einkommensänderung für zusätzlichen Konsum ausgeben. Die marginale Konsumquote ist also die Steigung des Graphen der Konsumfunktion in dem jeweiligen Punkt. Im betrachteten Fall ist die marginale Konsumquote gleich 0,7. Von jeder zusätzlichen Mark Einkommen würden die Haushalte also nur 70 Pfennige für den Konsum ausgeben. Im allgemeinen ist die Konsumquote kleiner als eins. Dies ist auf die Veranlagung der Haushalte zum Sparen (Schaffung von Liquiditätsreserven) zurückzuführen. Im Beispiel ist die marginale Konsumquote als konstant angenommen. In der Realität kann man jedoch feststellen, daß der Konsumzuwachs bei steigendem Einkommen immer geringer wird. Allgemein läßt sich die Steigung c des Graphen der Konsumfunktion durch die Konsumneigung charakterisieren. Den Schnittpunkt des Graphen der Konsumfunktion mit der C-Achse bestimmt hingegen der autonome Konsum Ca. Die marginale Konsumquote könnte beispielsweise bei steigender Arbeitslosigkeit zurückgehen. Ebenso würde der autonome Konsum sich bei steigender Bevölkerungszahl erhöhen. Der Einfluß der Konsumneigung auf die Höhe des Konsums läßt sich beispielsweise an der Einkommensverteilung aufzeigen. Man unterscheidet also den Konsum der Arbeitnehmerhaushalte (CA) und den Konsum der Unternehmerhaushalte (CU). Man nimmt nun an, daß das durchschnittliche Einkommen der Unternehmerhaushalte wesentlich höher ist als das der Arbeitnehmerhaushalte. Daher ist die marginale Konsumquote bei den Unternehmern wesentlich niedriger als bei den Arbeitnehmern. Andererseits haben die Unternehmerhaushalte auch einen höheren Anspruch, d.h. einen höheren autonomen Konsum. Verändert sich nun die Einkommensverteilung, d.h. erhöht sich z.B. die Lohnquote gegenüber der Gewinnquote, so wird sich auch die gesamte marginale Konsumquote erhöhen. Dies erklärt sich durch die höhere marginale Konsumquote der Arbeitnehmerhaushalte, d.h. eine höhere Lohnquote wirkt sich auf den Konsum prozentual mehr aus als eine höhere Gewinnquote.